



Fotos: Schälte

## Generaldebatte zur 3. Lesung

### Parlament verabschiedet Landeshaushalt 2010 und streitet um Grundsätzliches

*17. Dezember 2009 – Mit der dritten Lesung und der abschließenden Abstimmung haben die Abgeordneten den Landesetat für 2010 unter Dach und Fach gebracht. Dabei ging es nicht mehr um Detailfragen, diese wurden bereits in erster und zweiter Lesung sowie in den Fachausschüssen diskutiert. Stattdessen nutzten die Spitzen von Regierungs- und Oppositionsfraktionen die Gelegenheit zur Generaldebatte. Wo steht NRW? Wo geht es hin? Und wer steht für welche Ansätze? Die Antworten lieferten sich die Abgeordneten in einer traditionell spannenden Debatte.*

„Wie miserabel die Schlussbilanz von Schwarz-Gelb ist“, zählte die SPD-Fraktionsvorsitzende **Hannelore Kraft** (SPD) auf. Einen Schwerpunkt setzte sie dabei auf die Bildung. Die Sprachförderung sei wenig erfolgreich, das „Erfolgsmodell Grundschule“ beschädigt. Kopfnoten und vor allem das „Turboabitur“ erhöhten den Druck auf Lehrkräfte, Kinder, Jugendliche und Eltern immens. Zudem halte die Landesregierung lernunfähig am dreigliedrigen Schulsystem fest. In der Hochschulpolitik sähen mehrere Länderrankings NRW auf schlechteren Plätzen als zuvor oder sogar am Schluss. Studiengebühren hielten junge Menschen, gerade Frauen, vom Studieren ab. In der Wirtschaftspolitik sei Ministerin Thoben nicht nur mit ihrer Mittelstandspolitik gescheitert; NRW sei auch insgesamt in der Krise schlechter aufgestellt als viele andere Länder, zitierte Kraft weitere Statistiken. Dies gelte auch für den Bereich

der Erneuerbaren Energien. Weiterhin kritisierte sie eine handlungsarme Ankündigungspolitik von Arbeitsminister Laumann und eine Politik gegen die Kommunen, denen es nach 3,1 Milliarden Euro Belastungen durch die Landesregierung „absolut dreckig“ gehe. Finanzminister Linsen bezeichnete sie als „Schuldenkönig“. Im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode habe die Landesregierung zwar 20,31 Milliarden Euro mehr Steuern eingenommen, aber nur 4,3 Milliarden Euro weniger Neuverschuldung erreicht als die rot-grüne Vorgängerregierung – „eine Bilanz des Scheiterns“. Gescheitert sei auch der Ministerpräsident, der nun um weitere fünf Jahre Amtszeit gebeten habe, um seine Versprechungen umzusetzen. „Jetzt ist es zu spät, um das Ruder rumzuwerfen“, bilanzierte Kraft abschließend und warb für die eigene Linie: „Wir haben die besseren Konzepte und die besseren Lösungen.“

„Worthülsen, Skandalisierungen und Lügen“ sowie eine Verunsicherung der Menschen warf der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Helmut Stahl**, der Oppositionsführerin vor. Ein Politikangebot für die Menschen sei bei der SPD nicht vorhanden. Anders als von Kraft dargestellt, stehe NRW heute wirtschaftlich besser da als viele andere Länder. So habe im November die Zahl der Arbeitslosen hier stärker abgenommen als im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig bemühe sich die schwarz-gelbe Landesregierung seit 2005, den 11-Milliarden-Euro-Schuldenberg, den Rot-Grün hinterlassen habe, abzubauen. Dennoch habe man in dieser Zeit fast 3 Milliarden Euro mehr für Bildung ausgegeben. 40,5 Prozent des Landeshaushalts fließe in diesen Bereich, mehr als in jedem anderen Bundesland. Die SPD habe für diese Wahlperiode den Wegfall von 16.000 Lehrerstellen geplant, CDU und FDP hätten dagegen 7.874 neue Stellen geschaffen – in der Folge gebe es deutlich weniger Klassen mit über 30 Schülerinnen und Schülern. Im Gegensatz zu den „Behauptungen“ der SPD studierten junge Menschen gerne in NRW. Im aktuellen Wintersemester registriere man die höchste Zahl an Studienanfängerinnen und



Hannelore Kraft (SPD)

-anfängern. Im Vergleich zu 2005 hätten 22 Prozent mehr Menschen einen Studienabschluss erreicht. In ihren Programmen stelle die SPD die Kulturpolitik als zentralen Bereich dar, von 2001 bis 2005 habe sie jedoch die Mittel dafür von 104 auf 70 Millionen Euro gekürzt. Die jetzige Landesregierung habe gemäß ihrem Wahlversprechen die Ausgaben wieder verdoppelt. Auch beim Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft habe die Regierung die Mieterinnen und Mieter so abgesichert, dass es zu keinen massiven Mieterhöhungen und Weiterverkäufen gekommen sei. Dies sei seriöse neue Sicherheit für NRW, so Stahl zusammenfassend.



Eine „Krawallaufführung mit verdrehten Fakten“ nannte der FDP-Fraktionsvorsitzende **Dr. Gerhard Papke** die Rede von Hannelore Kraft. Er betonte, mit dem Haushalt für 2010 habe die schwarz-gelbe Landesregierung selbst in der schlimmsten Wirtschaftskrise ein Zahlenwerk vorgelegt, das sich sehen lassen könne und „wie immer“ seriös durchgerechnet sei. Der Haushaltsentwurf sei als „Ausdruck neuer Stärke des Landes Nordrhein-Westfalen“ zu verstehen, sagte Papke und erklärte, nach Überwindung der Wirtschaftskrise werde die Landesregierung schnellstmöglich ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Besonders das Vorhaben von CDU und FDP, eine Schuldenbremse in der Landesverfassung festzuschreiben, sei ein Beleg für die ernsthafte Konsolidierungsabsicht der Landesregierung. Die SPD dagegen wolle diese Pläne nicht unterstützen, kritisierte der Fraktionsvorsitzende und warf den Sozialdemokraten vor, eine „Verschuldungspolitik zulasten kommender Generationen“ anzustreben. Er hielt es zudem für bemerkenswert, dass die SPD in der Generaldebatte kein Wort zu möglichen Koalitionsabsichten mit der Linkspartei nach der Land-

Abrechnung zurück und auch voraus blickte. Sie warf der Landesregierung vor, diese habe gleichzeitig die höchsten Ausgaben und die höchste Verschuldung „aller Zeiten“ zu verantworten. Trotz der zwischen 2005 und 2009 um 10 Prozent gestiegenen Steuereinnahmen hätten aber die Kommunen nur die konstanten Zuweisung – und damit rund 4 Milliarden Euro zu wenig – erhalten. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen warnte zudem vor den Folgen des „Schuldenbeschleunigungsgesetzes“ des Bundes. Die für NRW zu erwartenden Belastungen von 885 Milliarden Euro seien im Landshaushalt nicht berücksichtigt. Steuerergänze wie eine gesenkte Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen, die Begünstigungen für reiche Erben oder die Erhöhungen des Kindergelds für Spitzenverdiener geschähen gegen die Interessen der Menschen und gegen jede steuerpolitische Vernunft. „Noch nie hat eine Landesregierung die Interessen Nordrhein-Westfalens gegenüber Berlin so verraten wie die Regierung Rüttgers und Pinkwart“, kritisierte Löhrmann. Das beste Wachstumsbeschleunigungsgesetz für NRW sei die sofortige Streichung der Studiengebühren. Ebenso brauche

tionsvorsitzende Kraft. Er betonte, dass es der Landesregierung von CDU und FDP im Unterschied zur rot-grünen Vorgängerregierung seit 2005 stets gelungen sei, die tatsächliche Neuverschuldung unter den Planzahlen zu halten. Davon sei auch für 2009 auszugehen, da die Landesregierung solide wirtschaftete. Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe das Land hart getroffen, jedoch sei Nordrhein-Westfalen besser durch die Krise gekommen, als von allen Fachleuten vorausgesagt. Noch allerdings, so erklärte der Ministerpräsident, sei die Krise nicht überstanden, und gerade auf dem Arbeitsmarkt seien in den kommenden Monaten Auswirkungen zu spüren. Auch weiterhin verfolge die Landesregierung das Ziel, so viele Unternehmensstandorte und Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Unternehmen, Gewerkschaften und die Landespolitik hätten hierzu im Jahr 2009 „an einem Strang gezogen“. Er hoffe, dass sich diese Gemeinsamkeit auch im Jahr 2010 „jenseits wahlkampfpolitischer Auseinandersetzungen“ fortführen lasse, so der Ministerpräsident. Gerade die Krise zeige, dass die schwarz-gelbe „Politik der Erneuerung“ für Stabilität Sorge. Rüttgers forderte, Nordrhein-



Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

tagswahl im kommenden Mai gesagt habe. Die Partei wolle mit „einer wirren Truppe von kommunistischen Sektierern“ zusammenarbeiten, warf Papke der SPD vor. CDU und FDP planten dagegen, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen und könnten „voller Optimismus“ der Landtagswahl entgegensehen. Schließlich könne die nordrhein-westfälische Landesregierung zahlreiche Erfolge, beispielsweise in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik, vorweisen, so der FDP-Politiker.

„Nordrhein-Westfalen ist ärmer geworden“, bilanzierte **Sylvia Löhrmann** (Grüne), die in ihrer

man angesichts der steigenden Verschuldung von Städten und Gemeinden einen „Altschuldenfonds“. Notwendig sei auch eine ausreichende Finanzierung der Arbeitslosenzentren, meinte Löhrmann. Mit Blick auf „fünf verlorene Jahre“ für die Zukunftsfelder „Erneuerbare Energien“, „Kraft-Wärme-Kopplung“ und „energetische Gebäudesanierung“ stellte sie fest: NRW verliere den Anschluss.

„Ihre Rede hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun, und wer Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nimmt, der scheitert“, wandte sich **Ministerpräsident Jürgen Rüttgers** (CDU) an die SPD-Frak-

Westfalen müsse Industrie- und Exportland bleiben. Er sprach sich zudem dafür aus, dass auch zukünftig sozialer Aufstieg möglich sein und Leistung sich weiterhin lohnen müsse. Die Koalition von CDU und FDP wolle auch in Zukunft für Sicherheit und Solidarität in Nordrhein-Westfalen eintreten, erklärte der Ministerpräsident abschließend. *cw, sw, sow*

Der Landshaushalt 2010, der Ausgaben in Höhe von rund 53,3 Milliarden Euro vorsieht, wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet.